

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchgrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchgrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr. 215.

Freitag, den 16. September

1910.

Pflichtfeuerwehr Carlsfeld.

Sonntag, den 18. September 1910, früh 7 Uhr: Übung.

Antritt: Am Marktplatz.

Übungspflichtig sind alle reichsdeutschen Einwohner vom 1. Januar desjenigen Jahres

ab, in welchem sie das 18. Lebensjahr erfüllen, bis zum 31. Dezember desjenigen Jahres, in welchem sie das 35. Lebensjahr vollenden. Die Mannschaften haben sich bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 M. pünktlich einzufinden.

Carlsfeld, den 13. September 1910.

Der Gemeindevorstand.

Der Feuerwehr-Kommandant.

Wenn Diplomaten reden.

Beim Abschiedsbankett der Pariser deutschen Kolonie hat der bisherige Botschafter, Fürst Radolin, eine Rede gehalten, deren Wortlaut geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. Anfänglich war man geneigt, den vorliegenden Berichten keinen Glauben beizumessen, weil man von einem angesehenen hohen deutschen Beamten eine derartige Haltung nicht gewöhnt ist. Nunmehr liegt aber der Wortlaut der Rede vor, und hieraus erhellt, daß der Botschafter tatsächlich erkrankt hat, daß er die Verabschiedung noch nicht erwartet und mit ungeborener Kraft Paris verläßt; auch der nachfolgende Satz, wonach Fürst Radolin ohne Reib und Eifersucht seinem Nachfolger die besten Erfolge wünsche, weil ihm das Interesse Deutschlands über alles gehe, scheint eine kleine Spitze zu enthalten. Bisher war es bei uns in Deutschland nicht üblich, daß ein Diplomat in so angelegener Stelle seinem verbittertem Herzen in derartiger Weise Luft macht, und man wird nicht behaupten können, daß ein derartiges Verhalten dem Staatswohl zu Nutzen dient. Es steht wohl außer Zweifel, daß Fürst Radolin, wie man so zu sagen pflegt, „abgesägt“ worden ist, obwohl er gern noch trotz seines hohen Alters den Posten des Botschafters in Paris weiter versehen wollte. Nun liegt es auf der Hand, daß gerade auf einen derartigen wichtigen Posten eine frische Kraft gehört, und man wird es dem Reichskanzler nicht verdenken können, wenn er da eingriff; gewiß hat Fürst Radolin große Verdienste während seiner langjährigen diplomatischen Laufbahn und seine guten Beziehungen zur Pariser Gesellschaft mögen ihm auch tatsächlich zuweilen zugute gekommen sein, andererseits aber läßt sich nicht leugnen, daß seine Tätigkeit in Paris den Gegenstand scharfer Angriffe gegeben hat und daß man vielfach die Ansicht vertrat, nach Paris gehöre eine andere umsichtiger Persönlichkeit. Ob dies freilich Freiherr von Schön sein wird, dem Radolin Platz machen muß, läßt sich heute keineswegs voraussagen. Fürst Radolin selbst scheint auf seine Verdienste sehr stolz zu sein und er vergißt in seiner Abschiedsrede nicht, diese zu unterstreichen. Das scheint eine kleine Schwäche von ihm zu sein, denn schon einmal hat der Botschafter von sich reden gemacht, als er die Verdienste um die Einigung zwischen Deutschland und Frankreich in der Marokkofrage gegenüber dem Fürsten Bülow für sich selber in Anspruch nahm, was seinerzeit sogar zu einer offiziellen Note in der „Nordd. Allg. Ztg.“ führte, um aller Welt kund und zu wissen zu tun, daß zwischen dem Reichskanzler und dem Pariser Botschafter keinerlei Differenzen bestehen. Es ist ja menschlich begreiflich, daß Fürst Radolin über das vermeintliche Unrecht, das ihm durch seine Abberufung geschieht, verbittert ist, aber es spricht sicherlich nicht für ihn, daß er es sich nicht verjagen konnte, einen derartigen Pfeil gegen die Berliner Zentralleitung loszulassen, und hieran hätte ihn der diplomatische Takt selbst dann hindern müssen, wenn seine Abberufung in einer etwas brüsten Form erfolgt sein sollte, wie das in letzter Zeit gegenüber hohen Staatsbeamten mehrfach der Fall gewesen sein soll.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Kaiserreise nach Ungarn und Oesterreich. Am Freitag nachmittag trifft Kaiser Wilhelm auf der Station Fünfkirchen ein, von wo er seine Reise bis Mohacs fortsetzt, um sich dann auf der Donau in das dem Erzherzog Friedrich gehörige Jagdschloß Bellhe zu begeben. Unser Kaiser hat schon sehr oft im Gebiete der Doppelmonarchie dem edlen Waldwerk obgelegen, und es sind in diesen Septembertagen gerade 25 Jahre her, daß er — damals noch Prinz — den von Kronprinzen Rudolf veranstalteten Hochgebirgsjagden in Steiermark beiwohnte, während er das letzte Mal im November 1908 beim Erzherzog Franz Ferdinand in Eckartsau jagte. Auf den ungarischen Jagdgründen des Erzherzogs Friedrich, welcher

der älteste Bruder der Königin-Mutter von Spanien und mit Prinzessin Isabella von Croh vermählt ist, hat der Kaiser auch bereits verschiedene Male gewieilt. Er liebt dieses weitentlegene Revier, das von der Station Mohacs erreicht wird, einem Marktort im Komitat Baranya, wo 1526 Soltman II. die Ungarn aufs Haupt schlug und wo anderthalb Jahrhunderte darauf Karl von Lothringen den Türken eine schwere Niederlage beibrachte. Des Kaisers Aufenthalt im Schloß Bellhe wird vier Tage dauern, sodann erfolgt die Abreise nach Wien, wo die Ankunft am Dienstag vormittag stattfindet. — Kaiser Wilhelm läßt es sich nicht nehmen, bei seiner Anwesenheit auf österreichisch-ungarischem Boden auch den kaiserlichen Freund und Alliierten in Schloß Schönbrunn zu begrüßen, mit dem er zuletzt im September 1909 bei den Wandern in Mähren zusammen war. Des Kaisers jetziger Besuch ist vornehmlich eine nachträgliche Geburtstagsvisite, Wilhelm II. will nicht unterlassen, dem greisen Monarchen, der bekanntlich am 18. August das 80. Lebensjahr vollendete, auch noch persönliche Glückwünsche darzubringen. Eine besondere politische Bedeutung hat demnach diese Begegnung nicht, die lediglich neuerdings die herzlichen Beziehungen dokumentierte, welche fort und fort zwischen den beiden Herrschern und zwischen den beiderseitigen Reichen bestehen. Daß dieses selten gute Freundschafts- und Allianzverhältnis, welches nun schon drei Jahrzehnte andauert hat, immer wieder der Welt vor Augen geführt wird, ist eine der sichersten Garantien für die Erhaltung des europäischen Friedens. Und deshalb ist der bevorstehende Besuch unseres Kaisers in Wien freudig zu begrüßen, er bedeutet für uns eine neue Bürgschaft, daß der Friede unter den Großmächten keine Störung zu befürchten hat.

Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse. Die „Berl. polit. Nachr.“ schreiben: In den letzten Tagen suchen einige Zeitungen den finanziellen Erfolg der Reichsfinanzreform von 1909 dadurch zu diskreditieren, daß sie von einem Zurückbleiben der tatsächlichen Erträge der neuen Zölle und Steuern hinter den Erwartungen um 200 Millionen Mark sprechen. Diese Behauptung ist auf die Berechnungen des Hansabundes zurückzuführen; allerdings ist er insoweit in Schutz zu nehmen, als er nur gemeint hat, um etwa 200 Millionen Mark bliebe der Etatsansatz für 1910 hinter den Erwartungen von den Erträgen der letzten Reichsfinanzreform zurück. Aber auch diese Behauptung ist falsch. Wir haben zahlenmäßig nachgewiesen, daß die Differenz zwischen der ursprünglichen Ertrags-schätzung und dem Etatsansatz von 1910 sich auf rund 120 Millionen Mark beläuft. Dazu kommt, daß ganz naturgemäß der Etatsansatz für 1910 nicht mit den dauernden Einnahmen aus den neuesten Zöllen und Steuern identisch ist. Schon der nächstjährige Reichshaushaltsetat wird voraussichtlich eine kleine Steigerung der aus der Reichsfinanzreform von 1909 sich ergebenden Ansätze aufweisen. Es war auch von vornherein in Aussicht genommen, im Interesse der Gesundheit der Reichsfinanzen nicht gleich den ganzen dauernden Ertrag in den Etat einzustellen. Wer nunmehr trotz aller dieser Feststellungen bei der Behauptung beharrt, daß der finanzielle Erfolg der letzten Reichsfinanzreform um 200 Millionen Mark hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei, macht mindestens sich einer leichtfertigen Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse schuldig.

Zur Fleischnot. Ueber den Empfang einer Deputation des Deutschen Fleischerverbandes beim Landwirtschaftsminister berichtet die „N. A. Ztg.“: Der Minister gab zunächst dem lebhaften Interesse Ausdruck, welches er der Frage der Fleischsteuerung und Fleischversorgung schon zu einer Zeit entgegengebracht habe, wo die Klagen über die Steigerung der Vieh- und Fleischpreise noch nicht zu seiner Kenntnis gebracht seien. Der Minister glaubte eine weitere Erleichterung der Einfuhr von Ruz- und Schlachtvieh aus dem Auslande im Hinblick auf die für den inländischen Viehbestand drohende Seuchengefahr und auch deshalb nicht in Aussicht stellen zu können, weil der Viehbestand sowohl wie die Höhe der Viehpreise in den für die Ein-

fuhr in Betracht kommenden Ländern eine erhebliche Vermehrung der Einfuhr und damit einen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung der Viehpreise im Inlande nicht erhoffen lassen. Auch von der zollfreien Einfuhr von Futtermitteln, die zudem mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen kaum ausführbar erscheine, sei eine Besserung der augenblicklichen Lage um so weniger zu erhoffen, weil ein Futtermangel gegenwärtig nicht vorhanden, im Gegenteil der reichliche Futtermittelvorrat zum Teil die schwächere Beschickung der Rindviehmärkte herbeigeführt habe. Der Minister gab schließlich die Erklärung ab, daß, wenn wider Erwarten ein Rückgang der gegenwärtigen Vieh- und Fleischpreise nicht eintreten und der Marktauftrieb dauernd nachlassen sollte, er sich der Verpflichtung nicht entziehen werde, weitere Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung ins Auge zu fassen. Er könne aber auch für diesen Fall in erster Linie nur eine Erleichterung der Fleisch-einfuhr, die übrigens schon jetzt keineswegs unbedeutend sei, in Aussicht stellen.

Das Talonsteuergesetz, das im vorigen Jahre als ein Glied der Steuerreform zur Einfuhr gelangte, wird im Reichstage kein Nachspiel mehr erhalten. Bekanntlich waren von zahlreichen Banken im Sommer 1909 vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Umgehung der Steuer neue Talonbogen ausgegeben worden. Durch Verhandlungen mit diesen Instituten ist es fast in allen Fällen gelungen, die entzogene Steuer nachträglich zu erheben, so daß eine Novelle zum Talonsteuergesetz, die dieser Umgehung entgegenzutreten wollte, nicht nötig ist.

Zur Erweiterung der Zündwarensteuer. Wie der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erfährt, hat sich das Reichsschatzamt in bezug auf eine Erweiterung der Zündwarensteuer noch nicht festgelegt, vielmehr erst an die Bundesregierung diesbezügliche Anfragen gerichtet, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob eine solche Vorlage die gesetzgebenden Körperschaften in der nächsten Session beschäftigen wird.

Gesamtaussperrung der Metallarbeiter. Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat, wie wir erfahren, beschloffen, auf Donnerstag, den 22. September, eine Ausschußsitzung nach Berlin einzuberufen, welche über die Gesamtaussperrung zugunsten der angegriffenen Seeschiffswerften Beschluß fassen soll.

Rußland.

Petersburg, 14. September. Die Kiewer Intendanturrevision stellte fest, daß die dortigen Intendanten im Verlauf von fünf Jahren sieben Millionen Mark Schmiergelder erhalten haben.

Belgien.

Brüssel, 14. September. Nach der neuesten hierher gelangten amtlichen Meldung ist der Besuch des deutschen Kaiserpaars erst nach dem 25. Oktober zu erwarten, jedoch noch vor Schluß der Weltausstellung.

Griechenland.

Athen, 14. September. Am 11 Uhr vormittags wurde durch den König die Nationalversammlung eröffnet. Die Kammer war sehr zahlreich besetzt; auf den Tribünen sah man viele Diplomaten. Draußen bildeten die Truppen Spalier. Bei der Eröffnung stand der Kronprinz zur Rechten des Königs, eine große Zahl Offiziere wohnten der Feier bei. In seiner Rede sagte der König: Die Bedingungen, unter welchen die Ration der Kammerbeschluß vom 18. Februar annahm, haben bewiesen, daß unser ganzes Volk die Verfassung, die Kraft unseres Landes, unverfehrt aufrecht erhalten will. Auf derselben Grundlag. ist der allgemeine Wunsch ausgesprochen worden, daß nur die nicht grundlegenden Bestimmungen der Verfassung revidiert werden sollen. So ist das Volk dazu berufen worden, die doppelte Zahl von Abgeordneten zu dieser Verfassungsrevision zu erwählen. Ich freue mich, Sie hier begrüßen zu können, und ich